

29. Juni 2015
Fraktion DIE LINKE.
im Stadtrat Gera
Fraktionsgeschäftsstelle
Dr. W. Neudert

Wichtige Ergebnisse der Stadtratssitzung vom 25.06.2015

Zu Beginn der Sitzung wurde der Beigeordnete und Dezernent für Bau und Umwelt, Herr Miller, verabschiedet und Frau Baumgartner, als neue Beigeordnete, in dieses Amt eingeführt.

Im Mittelpunkt der Sitzung des Stadtrates standen der Haushalt 2015, das Haushaltssicherungskonzept 2013 – 2023 (HSK) und der Investitionsbeschluss zur Umsetzung der Investitionspauschale.

Der Haushalt beinhaltet neu die Möglichkeit, ein bestehendes Defizit von 16,3 Mio. € als Bedarfszuweisung vom Land in den Haushalt der Stadt (als zu erwartende Einnahme) einzustellen, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Scharfe Kritik gab es von der LINKEN- und der SPD-Fraktion an der Oberbürgermeisterin (OB), die angetreten war, die städtischen Finanzen als Chef-Sache zu ordnen. Dieses zentrale Wahlversprechen der OB wurde nicht erfüllt, im Gegenteil: die Finanzen der Stadt sind desolater denn je! (siehe Redebeitrag A. Schubert)

Die Bürgerschaft charakterisierte die Entscheidung zu Haushalt als eine zwischen Pest und Cholera, bei der sie sich zur Cholera positionieren.

Die CDU-Fraktion wollte mit ihrem zustimmenden Votum der Landesregierung die Chance einer Hilfe für Gera einräumen.

Mehrheitlich (gegen die Stimmen der LINKEN.) angenommen wurde ein Antrag der Bündnisgrünen, die geprüft wissen wollen, ob eine Rückkehr zur Kameralistik in der Haushaltsführung der Stadt Vorteile bringen würde.

Mit der danach erfolgten mehrheitlichen Zustimmung des Stadtrates zum HSK wurden letztlich durch die Stadt Gera die Voraussetzungen geschaffen, um auf Hilfen des Landes zu hoffen. (Redebeitrag M. Huster)

Mit dem Beschluss zur Umsetzung der Investitionspauschale bestehen nunmehr die Voraussetzungen

1,76 Mio. € für allgemeine Investitionsvorhaben und zusätzlich

1.34 Mio. € für Schulbauten und Sporthallen (Entscheidung der Rot-Rot-Grünen Landesregierung)

einzusetzen. (s. Redebeitrag A. Schubert)

Falls Mittel in dieser Höhe im Jahr 2015 nicht umgesetzt werden können, dann sollen 90 T€ für den Grunderwerb am Flugplatz Leumnitz (gegen die Stimmen der LINKEN) eingesetzt werden (mehrheitlich angenommener Antrag der AfG-Fraktion).

Gebilligt hat der Stadtrat hat die **Teilfortschreibung des gemeinsamen Nahverkehrsplanes der Stadt und des Landkreises Greiz für den Zeitraum 2015 – 2018.**

Mit der DS 6/23015 wurde **das Spielplatzentwicklungskonzept 2030 der Stadt Gera**, auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. (siehe Redebeitrag D. Reinhardt), wegen erheblicher Qualitätsmängel in die Verwaltung zurück verwiesen.

Nachfolgend **Bauvorlagen** wurden durch den Stadtrat mehrheitliche beschlossen:

- Umlegungsverfahren zum Bebauungsplan B/15/91 „Verlängerte Bieblacher Straße“, Aufhebung des Anordnungs- und Einleitungsbeschlusses
- Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan B/139/2015 „Wohnen in den Elstergärten“ und der
- Bebauungsplan B/84/98 „Am Schützenplatz“, 2. Änderung, Einleitung des 2. Änderungsverfahrens.

Redebeitrag von Andreas Schubert:

Liebe Geraerinnen und Geraer, wir kommen heute zum Abschluss einer Haushaltsdiskussion für das Jahr 2015, die sich seit Februar erstreckt, teilweise hingeschleppt hat, und der sich die Kollegen von AfG und CDU zwischendurch schon verweigern wollten, wie wir letzten Monat hier im Stadtrat erleben mussten.

Der verabredete Beratungszyklus hatte konkrete Ziele und Erwartungen zu Grundlage. Leider sind eine ganze Reihe von Erwartungen an diesen Prozess nicht wirklich erfüllt wurden:

Dies betrifft sowohl die Fragen von Transparenz und Öffentlichkeit, wo es wiederholt auch verständliche Kritik aus der AG Bürgerhaushalt, aber nicht nur von dieser gab. Viel zu oft und viel zu schnell wurden öffentliche Diskussionen in den nichtöffentlichen Teil verlagert, sind Anfragen von Stadträten nur schriftlich und nicht für die Öffentlichkeit nachvollziehbar beantwortet wurden – obwohl nach Kommunalordnung die Haushaltsdiskussion grundsätzlich öffentlichen zu führen ist.

Aber auch der angestrebte Dialog-Charakter mit der Verwaltung, ist an vielen Stellen wegen einer völlig unverständlichen Verweigerungshaltung der Kämmerei gar nicht erst richtig in Gang gekommen. Trotz mehrfacher Thematisierung in Fachausschüssen war die Verwaltung nicht bereit falsche Veranschlagungen zu korrigieren – siehe z.B. bei der IGS, oder selbst festgestellte Veränderungsbedarfe – wie z.B. bei den Einnahmeausfällen – einzuarbeiten.

Ein „Ja“ zu dieser Vorlage wird also nicht die Zustimmung zu all diesen Zahlen der Verwaltung oder dem Umgang mit dem Stadtrat sein, sondern würdigt den Paradigmenwechsel auf der Landesebene.

DIE LINKE sieht in dem Haushaltsplan für 2015 tatsächlich trotz diverser Fehlbuchungen und einer völlig unzulänglichen Diskussionskultur der Verwaltung eine Chance für Gera.

Diese Chance steht in Verbindung mit der Einstellung von 16,3 Millionen Euro Bedarfszuweisungen, die die Stadtverwaltung vorab mit dem Landesverwaltungsamt für den Haushaltsausgleich besprochen hat. Wenn dies tatsächlich so eintritt, der Haushaltsplan so

genehmigt wird, würde Gera in eine qualitativ neue Situation kommen. Dann wäre erstmals seit Jahren ein Haushaltsjahr ohne weitere Kassenkrediterhöhung möglich. Wir würden uns damit der Genehmigung neuer – dringend notwendiger – Investitionskredite deutlich annähern.

Diese Chance will DIE LINKE mit einer Zustimmung zum Haushaltsplan erhalten und politisch aufwerten. Denn nur durch die politischen Veränderungen auf Landesebene, durch eine kommunalfreundlichere Politik die jetzt auch durch die Spitze des Landesverwaltungsamtes vertreten wird, gibt es 2015 tatsächlich eine Hoffnung auf eine Genehmigung des Geraer Haushaltes. Dabei bleibt es genau bei der Einschätzung der Finanzlage unserer Stadt, die wir als LINKE hier schon seit Jahren immer wieder vorgetragen haben:

Wir sind der Überzeugung, dass nur mit Hilfe des Landes eine realistische Chance für eine nachhaltige Überwindung der Haushaltskrise in unserer Stadt besteht. Dies zeigt auch die millionenschwere Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsplan, die trotz Rekord-Steuersätzen und drastischen Gebührensteigerungen bei gleichzeitigen Leistungseinschränkungen (Öffnungszeiten Museen) nicht ansatzweise geschlossen werden kann.

Dafür braucht es allein für dieses Jahr eine Bedarfszuweisung von 16,3 Millionen Euro! Nur für dieses Jahr! (Immer in der Hoffnung, dass die Verwaltung hier die richtige Zahl ausgewiesen hat.)

Dabei liegen die Defizit-Ursachen im Wesentlichen nicht in der Stadt Gera, sondern in kommunalfeindlichen Entscheidungen der Bundes- und Landespolitik in den letzten Jahrzehnten begründet. Von dort wurden Aufgaben bestellt, ohne die notwendigen Finanzen dafür mitzuliefern. Mein Kollege Domkowsky hat erst in der Ausschussberatung am Montag zum wiederholten Male darauf hingewiesen, dass allein im Sozialbereich dadurch ein Millionendefizit entsteht. Die genauen Zahlen zu dieser Differenz von bestellten Leistungen und unzureichender Finanzierung, erwarten wir noch immer von der Oberbürgermeisterin.

So versinkt Gera in einer Defizitspirale, wie auch andere strukturschwache Städte landesweit, wie ganz aktuell am Monatsanfang vom Deutschen Städtetag in Dresden kritisiert wurde:

Dresdner Erklärung „Wachsendes Gefälle zwischen den Städten – Entwicklungschancen für alle sichern“

Die deutschen Städte betrachten mit Sorge, dass die Unterschiede zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen und Regionen wachsen. Das zunehmende Auseinanderdriften der finanziellen Möglichkeiten der Städte birgt Gefahren für die Gestaltungskraft von Politik. Die Entwicklungschancen strukturschwacher Städte gehen verloren.

.....

viele Lebensbereiche der Bürgerinnen und Bürger werden von zu großen regionalen Unterschieden beeinträchtigt. Dazu gehören die Möglichkeiten zur Teilhabe am Arbeitsleben, gleiche Bildungschancen sowie hinreichende kulturelle und soziale Angebote vor Ort.

Der Verlust der finanziellen Handlungsspielräume bei einem Teil der Städte droht zu einem faktischen Verlust der kommunalen Selbstbestimmung zu werden. Die lokale Demokratie wird geschwächt, wenn deshalb kommunale Problemlösungskompetenzen ganz oder teilweise fehlen. Das bewährte Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung wird ausgehöhlt. Für die Bürgerinnen und Bürger droht der Verlust der ortsunabhängigen Chancengerechtigkeit.

(Zitat Ende)

Genau so sieht es in Gera im Jahr 2015 aus. Mit einzelnen Maßnahmen, die das HSK beinhaltet, würden bei deren Umsetzung die Bildungschancen z.B. unserer Kinder beeinträchtigt. Dann, wenn man tatsächlich den Schwimmunterricht für Schüler um 2 Monate wegstreicht um Fahrtkosten zu sparen oder weiter pauschal die Gelder für Unterrichtsmittel an unseren Schulen, die so genannten Schulleiterlimits, um ein Drittel weg kürzt. Welche Signale sendet Gera denn mit solchen Maßnahmen aus? Kinder- und familienfreundliche Stadt zu sein? Wohl kaum. Damit werden gerade die großen Anstrengungen für eine Fortführung von Schulsanierungsmaßnahmen mit dem Ziel gute Lehr- und Lernbedingungen für alle Schüler herzustellen konterkariert. Das schadet der Stadt insgesamt und lässt sich nicht mit dem Ziel in Übereinstimmung bringen, eine positive Perspektive für Gera zu organisieren. Das sehen auch ganz viele Einwohner unserer Stadt so, wenn man Gespräche oder auch Meinungsäußerungen in sozialen Netzwerken zu diesen Maßnahmevorschlägen ernst nimmt. Für sehr viele ist hier schon längst das Ende der Fahnenstange, das Ende des Zumutbaren erreicht.

Es sind solche Maßnahmen mit fatalen Auswirkungen, die den Abwägungsprozess in der Linksfraktion zur Entscheidung über das HSK haben lange andauern lassen, für manchen gar bis zum heutigen Tag. Dabei hat auch die von der Oberbürgermeisterin am Montag vorgeschlagene Veränderung der Textfassung des Beschlusspunktes zwei eine nicht unerhebliche Rolle gespielt. Hier bleibt zu Hoffen – schon wieder ein Vertrauensvorschuss an sie Frau Dr. Hahn – dass die festgeschriebene Frühzeitigkeit der Information kein Papiertiger ist. Wir werden das jedenfalls ganz genau im Auge behalten, auch mit Blick auf kommende Haushaltsdiskussionen. Denn auch diese Fortschreibung des bisherigen Haushaltssicherungskonzept ist nicht realitätsnah, wenn damit der Anspruch verbunden wird, mit diesen Maßnahmen könne sich Gera bis 2023 selber gesund sparen. Das ist und bleibt eine Fiktion. Ganz im Gegenteil – die Wirksamkeit von solchen Haushaltssicherungskonzepten ist bis heute selbst im Landesmaßstab höchst umstritten. Doch auf Grund der sich abzeichnenden unterstützenden Haltung der Landesregierung bei der Lösung der Haushaltsprobleme der Stadt, werden wir ein formell notwendiges HSK nicht abweisen. (Doch sollte selbst Zustimmung auch aus unserer Fraktion an dieser Stelle keinesfalls als Zustimmung zu jeder einzelnen Maßnahme interpretiert werden.)

Die wichtigste Botschaft des Haushaltsdiskussionsprozesses ist aber:

Es gibt mit der neuen rot-rot-grünen Landesregierung erstmals berechtigte Hoffnung auf eine Trendwende für Gera. Endlich wird hier mal an einer ernsthaften Lösung gearbeitet, die Gera bei seinen finanziellen Problemen nachhaltig und umfassend hilft – was ja auch heute noch an mehreren Tagesordnungspunkten deutlich wird, wenn es um Investitionspauschalen oder die Perspektive der Energieversorgung Gera geht.

Die neue Landesregierung hat ganz offensichtlich Schlussfolgerungen aus der Erkenntnis gezogen, dass ein vom Hunger geplagter Patient nicht mit einer Diätkur geheilt werden kann, getreu dem Motto: man muss nur die Diät lange und streng genug befolgen, dann wird das schon wieder. Nein, diese Strategie, das haben wir in den letzten Jahren hier erlebt, kann nicht von Erfolg gekrönt sein. Und deshalb kann man nur hoffen, dass die Voßsche Denkschule auch in den Ministerialapparaten endgültig überwunden wird.

Gera muss wieder in die Lage versetzt werden, Kredite aufnehmen zu können, um endlich den riesigen Investitionsstau, nicht nur bei Schulen, aber vor allem auch dort, endlich abzubauen. Es darf in Zukunft nicht weitere Haushalte geben, wo bei Investitionskrediten eine Null steht!

Aus diesem Grund steht die kommunale Handlungsfähigkeit für Gera auch ganz klar als Ziel weit oben auf der Prioritätenliste der Landesregierung, wird es einen Gera-Gipfel mit dem Ministerpräsident Bodo Ramelow in unserer Stadt geben.

Deshalb Frau Dr. Hahn richtet sich unsere Skepsis, ja unsere Sorge um die Entwicklung von Gera jetzt in dieser Situation nicht mehr an das Land, sondern vor allem an sie, an ihr

Amtsverständnis als Oberbürgermeisterin und die unter ihrer Verantwortung arbeitende Stadtverwaltung. Wir haben mit Blick auf die letzten 3 Jahre ein großes Unbehagen, dass mit dem praktizierten Politik- und Führungsstil in der letzten Hälfte ihrer Amtsperiode genauso wenig Gutes passiert für Gera wie bisher und das trotz deutlich günstigerer Rahmenbedingungen auf Landesebene. Das kann sich aber Gera nicht leisten! Hier muss endlich eine neue Qualität erreicht werden und das betrifft insbesondere auch die Zusammenarbeit mit dem Stadtrat. Wer Verlässlichkeit nach außen, Richtung Land signalisieren will, der muss doch zuallererst hier in der Stadt damit anfangen Verlässlichkeit zu demonstrieren. Verlässlichkeit bedeutet zum Beispiel den freien Trägern, die für uns als Stadt Pflichtleistungen erfüllen, wie in der Jugendarbeit, wie in den Kitas, genauso pünktlich die Gehälter auszuzahlen, wie den Angestellten der Stadtverwaltung. Hier darf es keine zwei-Klassen-Gesellschaft geben, denn gemeinsam sind hier wie dort die Mitarbeiter für die Stadt im gesetzlichen Auftrag unterwegs. Es ist es ein Vabanque-Spiel die Träger finanziell zu benachteiligen – beenden Sie das umgehend!

Mit Blick auf die kommunalpolitischen Entscheidungsprozesse fordere ich sie im Namen meiner Fraktion auf: bauen Sie keine potemkinschen Dörfer mehr auf und organisieren sie keine Alibi-Diskussionen, sondern seien sie endlich erste Bürgerin dieser Stadt, die dafür sorgt, dass hier im Stadtrat also transparent und nachvollziehbar nach der besten Lösung gesucht wird, für deren Realisierung sie dann alle Kapazitäten der Verwaltung in Gang setzten. Statt gefundene Lösungen jeden Tag erneut zur Disposition zu stellen oder gar keine Entscheidungen zu treffen mit fatalem Ausgang: siehe Stadtwerke, siehe Zweckverband Wasser-Abwasser, siehe Schulnetz, ...

Wenn von Gera auch aus Landesperspektive Verlässlichkeit eingefordert wird, dann hat zu allererst die Verwaltung, mit Ihnen Frau Oberbürgermeisterin an der Spitze, eine Bringepflicht.

Nur dann kann es sich für die Einwohner unserer Stadt in vollem Umfang auszahlen, dass uns die neue Landesregierung ernster nimmt, nun seriöser und vor allem viel nachhaltiger Hilfe organisiert, für Probleme die sich in Gera über viele Jahre aufgetürmt haben. Jetzt haben wir einen Partner, der mit uns auf Augenhöhe über Lösungen diskutiert, der uns gangbare Wege aufzeigt. Diese darf man nicht aus dogmatischen oder bequemlichkeits-Gründen - siehe z.B. die Möglichkeit zur kameralistischen Buchführung zurückzukehren - von vornherein gleich wieder verwerfen. Die ausgestreckte Hand des Landes zu einer umfassenden Lösung unserer vielen Probleme jetzt zu ergreifen, kann der Stadtrat nur unterstützen - und seien sie versichert, was DIE LINKE angeht, wir sind da sehr aktiv, an allen thematischen Schwerpunkten über unsere Möglichkeiten in unterstützenden Gesprächen, zum Wohle unserer Einwohner.

Aber zugreifen Frau Dr. Hahn, die ausgestreckte Hand annehmen, muss eine Oberbürgermeisterin, die dafür auch gewählt wurde. Sie sind verantwortlich Frau Dr. Hahn, für das was sie tun, aber auch für das was sie nicht tun.

Die Landespolitik hat sich zugunsten der Kommunen, zugunsten von Gera schon verändert. Wann aber ändern Sie ihre Politik???

Die Investitionspauschale ist ein deutlicher Beleg für diese kommunalfreundlichere Politik der neuen RRG-Landesregierung. Hier wurde Wort gehalten, um auch Kommunen mit einer Haushaltsnotlage dringliche Investitionen zu ermöglichen und dafür wurde Gera schon ein Betrag von 3,1 Millionen Euro überwiesen.

Wann hat es denn das schon mal gegeben, dass noch vor der Verabschiedung des Landeshaushaltes für die Kommunen ein Hilfspaket im Parlament beschlossen und zur Auszahlung gebracht wurde? Wie gesagt, noch bevor der Landeshaushalt überhaupt beschlossen war.

*Meine sehr geehrte Damen und Herren,
unter diesen Vorzeichen hat die Haushaltsdiskussion 2015 gewissermaßen ein Alleinstellungsmerkmal und den Charakter einer Weichenstellung.*

DIE LINKE will im Land und heute hier, für Gera und seine Einwohner, die Weichen auf Zukunft stellen. Das bedeutet es darf kein „weiter so“ wie bisher geben, keine finanzielle Strangulierung.

Die Wiedererlangung der finanziellen Handlungsfähigkeit im Verbund mit dem Land, die Rückführung von Eckpfeilern der öffentlichen Daseinsvorsorge in kommunale Verantwortung und der Abbau des allgegenwärtigen Investitionsstaus sind die aktuellen Aufgaben.

Wenn wir heute hier im Stadtrat unsere Verantwortung trotz der gut begründbaren Kritiken für den Haushalt wahrnehmen, dann stellen wir damit auch die verantwortlichen Akteure im Land in die Verantwortung für Gera. Damit übertragen wir der Oberbürgermeisterin inklusive Stadtverwaltung die Pflicht, jetzt dafür zu sorgen, dass die Stadt Gera auf dem Gleis in Richtung Zukunft ordentlich Fahrt aufnimmt. Weitere unnötige Zwischenstopps, sind den Mitreisenden, sind den Einwohnern unserer Stadt, nicht mehr vermittelbar und setzen die Frage nach der Kompetenz des Lockführers auf die Tagesordnung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Redebeitrag von Andreas Schubert zur Investitionspauschale

Schon alleine die Existenz dieser Vorlage, die Möglichkeit 3,1 Millionen Euro zusätzlich zu den ursprünglich im Haushalt veranschlagten Mittel für Investitionen verwenden zu können beweist – hier wurde geliefert!

Die rot-rot-grüne Landesregierung setzt die Zusagen aus dem Koalitionsvertrag um. Gerade Kommunen wie Gera, die auf Grund ihrer dramatischen Haushaltsnotlage schon seit Jahren keine planmäßige Investitionstätigkeit mehr betreiben können, sollen auch in die Lage dazu versetzt werden. Denn schauen wir uns um – der Investitionsstau ist allgegenwärtig – an Schulen ganz besonders, aber auch bei Straßen, Brücken, bei der Feuerwehr sowieso und selbst auf dem Friedhof...

Ein Oberzentrum kann nicht folgenlos jahrelang auf solche notwendigen Investitionen verzichten. Im Zweifelsfall wird durch Dritte die Reißleine gezogen, wie in Bieblach Ost, wo die Unfallkasse im April ein Schulgebäude teilgesperrt hat – zur Überraschung der Oberbürgermeisterin, die wiederum, Frau Dr. Hahn hat uns überrascht. Schon bei der ersten Lesung des Haushalts hatte ich für die Fraktion auf die drohende Gefahr von Entzug der Betriebserlaubnis an Schulgebäuden hingewiesen, wozu mich dann eine ungläubige Mail von Herrn Müller erreichte, der mir zusagte, man werde unverzüglich Maßnahmen ergreifen, wo dies notwendig wird, um so etwas zu verhindern – nun ja es kam leider anders, wie wir alle wissen...

Doch um dieses Szenario nicht zu multiplizieren, dass wir am Ende viel mehr Geld ausgeben, weil wir dann im Notfallmodus kurzfristig agieren müssen, sind jetzt mit diesen zusätzlichen Investitionspauschalen die Schwerpunkte Schulen und Brandschutz zu bearbeiten.

Der Vorschlag zur Verteilung der Mittel, der auf unsere Initiative hin fraktionsübergreifend entwickelt wurde, sieht genau dieses vor. Nachdem von dort allerdings eine dreiviertel Million zur Kompensation von Einnahmeausfällen im Haushaltsplan der Stadtverwaltung abfließt.

Von den dann noch 2,35 Millionen Euro werden Brandschutzmaßnahmen an Schulen

genauso finanziert, wie die notwendigen Eigenanteile für den längst überfälligen Ersatz eines Löschfahrzeuges für die Feuerwehr.

Wir müssen mit diesen Geldern auch Planungsleistungen auslösen, weil wir für die komplexe Sanierung z.B. der Ostschule nur eine Chance haben, wenn wir diese Maßnahme im neuen Schulbauprogramm der Landesregierung anmelden und unterbringen können. Das betrifft auch den notwendigen Anbau am Liebe-Gymnasium und ja, auch die seit Jahren nicht ausgelösten Planungsleistungen für den Goethe-Campus. Ohne diese Planung, haben wir erst gar keine Chance, was z.B. bedeuten würde wir können die Schulträgeraufgaben nicht mehr sicher stellen, da ohne Anbau am Liebe-Gymnasium keine dringend notwendige Kapazitätssteigerung bei den Schülerplätzen an Gymnasien möglich ist.

Und weil wir aus den bekannten Gründen Null Planungsvorlauf haben, aber hier dringend vorankommen müssen, dies aber nur mit Fördermitteln können, ist diese Planung ebenfalls unaufschiebbar.

Und jetzt gibt es die ernstzunehmenden Hinweise, ja wir müssen europaweit ausschreiben, und wir haben dafür nur ein halbes Jahr Zeit. Wenn das so ist, dann kann das aber kein Argument sein, es erst gar nicht zu versuchen. Im Gegenteil, Frau Oberbürgermeisterin, wir erwarten, ja wir fordern sie auf nach diesem Beschluss, ab morgen Aufträge zur Umsetzung dieser Investitionsliste auszulösen. Ab morgen!

Wir dürfen schon in der vorläufigen Haushaltsführung dieses Geld für unabweisbare Aufgaben nutzen – und das sind sie alle- jede einzelne Maßnahme dieser Vorlage. Genau dies hat der Gesetzgeber so gewollt, dass wir schnell investieren können. Deshalb hat er das Geld schon überwiesen und zwar auch an die Kommunen in Haushaltsnotlage. Wäre das anders vorgesehen gewesen, hätte sich das im Gesetz ganz einfach auch anders gestalten lassen. Aber das wollte der Gesetzgeber eben gerade so.

Deshalb steht die Oberbürgermeisterin jetzt in der Verantwortung unverzüglich alle Anstrengungen für eine komplette Abarbeitung dieser kommunalpolitisch definierten Projekte in der Verwaltung zu unternehmen. Daran ab Morgen mit Hochdruck zu arbeiten, wird auch Aufgabe für die neue Baudezernentin sein. Eine ähnliche Hängepartie wie beim Sportstätten-Wiederaufbau nach dem Hochwasser, wo auch die Gelder schon lange bereitstanden, darf sich hier nicht wiederholen, das ist den betroffenen Schulen auch nicht vermittelbar, wenn wir am Jahresende sagen – tut uns leid, wir haben es nicht geschafft....

Auch deshalb Frau Pudig lehnen wir ihren Änderungsantrag, ein Grundstück am Verkehrslandeplatz, zu Lasten der Planungsleistungen am Liebe-Gymnasium zu erwerben, ab. Und es gibt weitere gute Gründe dafür. Einen wird Ihnen nachher noch mein Fraktionskollege Uwe Raubold erläutern.

Bevor es zu einer Diskussion über den Erwerb eines Grundstücks für den Weiterbetrieb des Verkehrslandeplatzes überhaupt kommt, sollte eine Grundsatzdiskussion stattfinden, ob wir das überhaupt wollen. Auch eingedenk der Tatsache, dass wir die Rückführung von Eckpfeilern der öffentlichen Daseinsvorsorge in kommunale Verantwortung zu organisieren haben – zu denen der Verkehrslandeplatz, der in den letzten Jahren regelmäßig rund eine viertel Million Euro Minus gemacht hat, mit Sicherheit nicht zählt.

Und apropos Diskussion: in dem Zusammenhang erinnere ich an eine Zusage der Verwaltung zum Grundsatzbeschluss bezüglich des Goethecampus. Wir erwarten die Beratung zur angekündigten Beschlussvorlage zum Grundstückstausch, bevor die Realisierung des Projektes beginnt.

Ich fasse zusammen und komme zum Schluss:

die Mittel verdanken wir dem Verständnis der rot-rot-grünen Landesregierung für die kommunalen Finanznöte.

Es gibt einen breiten Konsens zwischen Fraktionen und Verwaltung zur Mittelverwendung. Die Aufgabe der Oberbürgermeisterin mit der Verwaltung ist es kurzfristig eine hohe Mittelbindung zu erreichen, um die beschlossenen Maßnahmen dieses Jahr umzusetzen! Und zwar alle.

Redebeitrag von Daniel Reinhardt zum Spielplatzentwicklungskonzept 2030:

In der Vorlage 6/2015 Spielplatzentwicklung geht es um die Qualifizierung unserer Spielplätze. Unsere Stadt Gera will mit der Vorlage und dem Konzept dazu beitragen Familienfreundlichkeit weiter auszubauen. Inhaltlich sagt die Vorlage aus, dass Spielplätze für Kinder aus verschiedensten entwicklungspsychologischen Strömungen wichtig sind. Weiter wird davon ausgegangen, dass Spielplätze nun mehr nicht mehr nur für Kinder von 0-18 Jahren ein Ort des Verweilens sind – sondern auch für SeniorInnen. Im Konzept wird aber nur von Nutzergruppen von 0-18 ausgegangen – vielleicht sollte man die neue Qualität auch im Konzept selbst umsetzen.

Die Stadt Gera und wir Stadträte wollen diese Vorlage nicht nur deshalb beschließen sondern auch um eine weitere HSK Maßnahme umzusetzen – d.h. Gelder ausgeben um im Jahr 2015 nun 15 Spielplätze zurückzubauen. Der Rückbau soll zu einer Verminderung des Pflegeaufwandes führen. 2014 hätte das 13T EUR eingespart. Und das ist nicht sonderlich viel!

Nun muss ich als Stadtratsmitglied darüber abstimmen ob das vorgelegte Konzept, vorgelegt von der Verwaltung gut ist – und Umgesetzt werden soll.

Hierzu habe ich schon in der Stadtratssitzung vom 15 Mai 2014 einen Redebeitrag gehalten.

Das erfreuliche für mich – die inhaltliche Kritik von damals – von vor über einem Jahr kann ich heute genauso wieder geben. Ich kopiere also meinen Redebeitrag vom Mai 2014 und füge diesen in meine heutige Rede ein – so ähnlich hat es sicherlich auch die Stadtverwaltung mit dieser Vorlage getan. Einige Zahlen wurden verändert ... ja.

Auch ich habe etwas verändert, so führte ich ein als Vors. des JHA hatte ich ein sehr konstruktives Gespräch mit Frau Dr. Hahn.

So wurde im Beschlusspunkt b) gemeinsam Festgelegt das die noch immer nicht gebildete Spielplatzkommission schon 2017 tagen wird und nicht erst 2020. Das ist zumindest ein Kompromiss – weil eigentlich müsste zuerst eine Kommission gegründet werden die über diese Vorlage berät und dann müsste die Konzeption uns Stadträten vorgelegt werden.

Die Stadtverwaltung unter Führung von Frau Hahn bzw. das Dezernat von Herrn Miller hat es innerhalb von 1 Jahr nicht geschafft – eine Kommission zu bilden. Ein Jahr.

Nun gut – Politik heißt auch mal Kompromisse eingehen.

Des Weiteren wurde der Fehler behoben das die Kommission im UA des JHA angedockt sein soll – nun ist er im FD Stadtgrün und das ist fachlich auch richtig so.

Zusätzlich ist noch ein weiterer politischer Vertreter des JHA in der zu bildenden Kommission.

Nun zum Inhalt – zu den harten Fakten der Vorlage des Konzeptes.

Um das Konzept zu lesen – liest man alle Spielplätze der Stadt Gera und die wurden bewertet. Aus den Bewertungen – wird dann eine Rangfolge gebildet – mit Empfehlungen.

Die nächsten Zeilen habe ich genau so 2014 gesagt:

„Noch ein weiteres Beispiel, vorangestellt sei, dass die Kriterien für die Spielplätze in Schulnoten ausgedrückt werden – und mir aus der Verwaltung bisher keiner erklären kann – wie genau denn die Bewertung stattfindet – oder ob einfach wahllos bzw. nach Gefühl – benotet wird. Ich kann also als Leser nicht nachvollziehen warum eine 6 gegeben wird.

So wird der Spielplatz auf Schloss Osterstein mit einer 6 bewertet, weil es keine Parkmöglichkeit für die überörtliche Nutzung gibt. Mit Verlaub meine Damen und Herren, was ist das denn für eine Bewertung. Ganz ehrlich ich versteh es nicht – warum muss der Spielplatz auf Schloss Osterstein eine Parkmöglichkeit zur überörtlichen Nutzung haben?“ Ende von 2014 Schloss Osterstein wird zu Fuß erreicht! – es hat sich daran rein gar nichts verändert. Was mich stört ist, bei anderen Spielplätzen ist die Bewertung der überörtlichen Parkmöglichkeiten weg gelassen worden ...! So z.B. beim Spielplatz Bieblacher Park!!! Warum? Die Erklärung kann mir bisher keiner geben.

Für mich als Leser des Konzeptes ergibt sich der Eindruck, dass bestimmte Zahlen wahllos verändert worden. Ich bleibe am Beispiel Schloss Osterstein – weil es so herrlich passt! Dass der Zustand der Spielgeräte sich verschlechtert hat – verstehe ich – nach über einem Jahr – klar.

Aber, die Erreichbarkeit des Spielplatzes ist auf einmal um eine Schulnote besser geworden. Ich rede noch immer zu Schloss Osterstein– und das obwohl durch die Hochwasserschutzmaßnahmen der Faulenzerweg gesperrt wurde – und durch den Sturm die eine Seite des Aufstieges zu Schloss Osterstein komplett gesperrt wurde. Ich merke an – in der jetzigen Vorlage hat sich die Erreichbarkeit verbessert??? Ganz eindeutig hat sie sich doch verschlechtert!

Hierfür sollen 4500€ ausgegeben werden für den Rückbau, eine kurzfristige Maßnahme innerhalb von 5 Jahren.

Noch etwas zu Parkmöglichkeiten, der Spielplatz Mühlengasse – ist der mit der silbernen Halbkugel – wo man dahinter Parken kann und wo es ein Parkhaus gibt – der wird mit der Note 4 bewertet.

Spielplatz am Stadtgraben: es wird eine potentielle Nutzerzahl von über 218 ermittelt – vorgeschlagene Maßnahme Priorität 0 – sofortiger Rückbau – ausgegeben werden 3050 €- Im Vergleich hierzu – Spielplatz Mühlengasse Nutzerzahl 98 – vorgeschlagene Maßnahme – irgendwann umbauen – weil Überversorgung im Zentrum. Die Begründung beißt sich für mich hier an dieser Stelle. Weshalb baue ich den Spielplatz mit der höheren potentiellen Nutzerzahl sofort ab?

Anmerken möchte ich zudem, dass in der Bedarfsplanung Kitas für unsere Stadt Gera – im Stadtzentrum ein riesen Bedarf an der Neuschaffung von Kitaplätzen besteht – weil es so viele Kinder im Stadtzentrum gibt. In dieser Vorlage ist von dieser Entwicklung rein gar nichts zu lesen. Nur von Überversorgung.

Zum Spielplatz Park der Jugend: dort bin ich fast 1x wöchentlich mit über 17 Kindern.

Der ästhetische Gesamteindruck wird mit 5 bewertet – ich persönlich sehe dort stetig die MitarbeiterInnen der Lebenshilfe die diesen Platz säubern, des Weiteren ist der Park in einer ordentlichen Verfassung.

Weiteres Fehl – aufgeführt werden zur Ausstattung → Traktorschwing – das ist seit vorletzter Woche nicht mehr so – denn es stand ein Fahrzeug da und hat dieses Gerät abgebaut – sie sehen also liebe KollegInnen die Maßnahmen für unsere Spielplätze werden schon längst umgesetzt – ohne uns zu beteiligen. Im Übrigen, seit über einem Jahr fehlte an der Traktorschwing der Traktorreifen. Es wäre also einfach mal sinnhaft gewesen einen neuen Reifen zu befestigen – und diese Maßnahme hätte mit Sicherheit nicht 750.000 € Investition bedurft – so wie es in der Vorlage vorgesehen ist – und wir alle wissen dass das in den nächsten Jahren eh nicht passiert.

Zum Spielplatz Puppenbühne – nur so viel dazu – an der Puppenbühne da ist nichts außer 3 Stk. Knöpfe → Multifunktionalität und Erlebniswert sind auf 4,0 Bewertet worden – wobei vieles nicht bewertet werden konnte, weil nichts da ist ... Investieren will man da in Zukunft 270T€ an der Puppenbühne wo nichts ist!

Ein Streetballkorb und eine Tischtennisplatte auf einem anderen Spielplatz werden hingegen mit der Multifunktionalität von 5,7 bewertet. 3 Stk. Knöpfe – was auch immer das sein mag sind in ihrer Attraktivität besser als eine Tischtennisplatte und ein Streetballkorb.

Ein letzter Spielplatz – auch in meinem Redebeitrag von 2014 benannt.

Lusan: Jenaer Straße – Brüte – Labyrinth:

2014 hatte diese Anlage eine Bewertung von 3,0 – heute bei 3,1 damals las ich in meiner Rede vor –

„Ich frage mich welcher bauliche Zustand bei Weidensetzlingen entstehen kann? Vielmehr sollte man sich doch über das bestehende Grün in Lusan erfreuen.

Zudem werden und ich zitiere als Probleme aufgeführt „Konflikte untereinander und Müll“.

Also, wenn das eine Bewertungsgrundlage für das Schließen von Spielplätzen ist, dann sollten wohl alle Spielplätze und Grünanlagen in Gera geschlossen werden!“

An dieser Begründung hat sich nichts verändert! Was verschlechtert dargestellt worden ist – ist die Bewertung von Kommunikationsbereichen von damals 3 auf nun 5 – wie das – ich weiß es nicht?

Um ihnen werte KollegInnen aufzuzeigen was mich stört: Dieser Spielplatz soll nun mit 3900€ zurückgebaut werden – er hat die Priorität 0 also sofortiger Rückbau.

Ein paar weitere Lesekostbarkeiten von 2014 die auch noch heute so im Konzept enthalten sind – als Probleme werden weiterhin genannt – Schatten und Sauberkeit!

Und als Problem werden Nachbarn gesehen – aber in der gleichen Zeile beim gleichen Spielplatz → zu lange Wege zum Spielort.

Sie sehen also liebe KollegInnen – vor über einem Jahr haben sie mehrheitlich gegen diese Vorlage gestimmt, sicherlich auch, weil es inhaltliche Fehler gab – diese sind noch immer nicht behoben – innerhalb von einem Jahr – haben die Fakten keine wirkliche Verbesserung hervorgebracht!

Auch wir werden wieder gegen diese Vorlage stimmen müssen – weil einfach Fehler gemacht worden. Des Weiteren weise ich darauf hin – dass auch erhebliche Investitionen geplant sind – da bin ich jedoch kein Fachmann um das zu bewerten.

Ich möchte noch immer eine Kommission die genau jene Fehler die ich als einzelner aufgezeigt habe – bespricht. Des Weiteren möchte ich, dass geplante Investition Bspw. von 207T€ in die Puppenbühne aus unserem HH oder aber aus dieser Vorlage herausgenommen werden. Weiterhin möchte ich, dass geplante Rückbaukosten überarbeitet werden – und eine transparente Begründung für uns als Stadtrat erarbeitet wird – und zwar nicht erst in einem Jahr.

Und bei den Investitionen möchte ich, dass Gelder eingestellt werden im Bereich Kauf und Investition von Kleingeräten wie zum Beispiel → Traktorreifen oder Schaukeln um die Funktionalität sowie Spielfreude von Spielplätzen zu erhalten. Als Beispiel nenne ich nur die fehlende Schaukel Straße des Bergmanns sowie im Park der Jugend.